

**Studienreise nach Husum, Landkreis Nordfriesland, Schleswig-Holstein, BRD  
27.11.-29.11.2017**

**Thema:**

Sozialraumorientierung im Landkreis Nordfriesland in der Eingliederungshilfe (über 18 Jahre) und in der Kinder- und Jugendhilfe (unter 18 Jahre)

**Ziel:**

Kennenlernen des Modellprojektes „Sozialraumorientierung in der Eingliederungshilfe“ (Behindertenhilfe) im Kreis Nordfriesland, das nach 5 Jahren Pilotphase (2013-2017) nun am Übergang zum Regelbetrieb ab 2018 steht.

**Methode:**

Treffen mit VertreterInnen des Leistungsträgers (Politik), der Leistungserbringer (Dienstleistungsorganisationen/Trägervereine) und Leistungsberechtigten (Menschen mit Behinderungen), Besuch einer trägervereinsübergreifend organisierten Veranstaltungs- und Begegnungsstätte („Eckhus“) im Zentrum von Husum, Besuch einer Werkstatt durch einen Teilnehmer.

**TeilnehmerInnen:**

Delegation aus Graz rund um Stadtrat Kurt Hohensinner (TN-Liste im Anhang) sowie Projektleitung und KoordinatorInnen aus dem Bereich der Sozialraumorientierung im Kreis Nordfriesland. Am letzten Tag: drei NutzervertreterInnen (MmB) + zwei gesetzliche Vertreter

**Meine Eindrücke:**

**Generell** bin ich mit einiger Skepsis hergefahren, ziehe aber insgesamt ein positives Resümee. Man ist, scheint es, auf dem richtigen Weg, nachdem im Landkreis offensichtlich bis vor Kurzem eine wenig fortschrittliche Haltung in der Arbeit mit Menschen mit Behinderungen vorherrschend war. Der Weg muss nun konsequent weiter gegangen werden, um der UN-Behindertenrechtskonvention wirklich nahe zu kommen.

**Positiv:**

Ehrliche Grundhaltung der Projektbetreiber im Umgang miteinander, transparenter Umgangston, erkennbarer Wille gemeinsam gute Arbeit zu leisten, „kleines gallisches Dorf“: Es erscheint mir mutig, als einziger von 11 „Kreisen“ (Bezirken) in Schleswig Holstein etwas Neues zu probieren im Sozialbereich. Es wird erklärt, „dass die Nordfriesen immer ein bisschen eigene Wege gehen“.

Es gab eine „Experimentierklausel“ von Seiten der Politik, d.h. einen gesetzlichen Freibrief, um im Modellprojekt vieles ausprobieren zu können. Es gab eine Budgetzusicherung und keine „Bedrohung“ einsparen zu müssen. Es wird berichtet, dass Gefühle wie Misstrauen, Ohnmacht/Angst, Verunsicherung, Kontrolle, die früher im Dreieck Politik/Verwaltung – Dienstleister - Menschen mit Behinderungen vorherrschten, einer vertrauensvollen Zusammenarbeit gewichen seien. Das wirkt seitens der anwesenden Projektverantwortlichen glaubhaft, nachdem wir mit ihnen eineinhalb Tage zusammen waren. Auch die Menschen mit Behinderungen (drei), die uns am letzten Tag für eine Stunde für Fragen zu Verfügung stehen, sogenannte NutzervertreterInnen, berichten, sie seien zufrieden. Die Allgemeingültigkeit dieser Aussage ist für mich schwerer einzuschätzen, denn

im Vergleich zum Austausch mit den Projektverantwortlichen bleibt diese Fragestunde ein kleiner – eventuell nicht gesamtrepräsentativer – Eindruck.

Für den Aufbau dieser Vertrauensbasis zwischen allen Zusammenarbeitenden war auch die gemeinsame Bewältigung von Konflikten notwendig, die z.T. heftig waren: „rot-grüner Bereich“ bei Meetings. Das scheint den Projektpartnern gut gelungen zu sein. Es ist ein ehrlicher, respektvoller, „gerader“ Umgang zu konstatieren und ein Vertrauen(svorschuss) in das Tun der Anderen, was die Basis sei für eigenverantwortliches, kreatives Arbeiten, wie mehrmals betont wird.

MitarbeiterInnen aus der Projektkoordination berichten von „Spaß an der Arbeit“, der sich eingestellt habe. Es wird aber auch erzählt, dass MitarbeiterInnen sowohl in Verwaltung als auch in der Dienstleistungserbringung nicht zufrieden gewesen seien mit den Änderungen, manche auch gekündigt hätten.

Öfters wird die Haltung betont, die in der Arbeit mit Menschen mit Behinderungen notwendig sei: Der Mensch und sein Wille stünden im Vordergrund. Die Logik der Budgets folgt diesem Prinzip. Die Budgets sind den Organisationen global zugewiesen, diese können aber auch zusammenarbeiten und müssen keine „Fallzahlen aufrechterhalten“, um auf ihre Finanzierung zu kommen. Z.B. erhält eine Organisation auch nach Entlassung einer Person aus einer stationären in eine ambulante Betreuung weiter das gleiche Budget. D.h. es besteht im Vergleich zu früher ein Anreiz Menschen mit Behinderungen zu „ambulantisieren“, denn das finanzielle Wohlergehen der Organisation hängt nicht von der stationären Unterbringung dieser Person ab.

### **Kritikpunkte:**

Die „Haltung“ muss sich noch mehr verfeinern. Noch werden MmB nicht als die letztgültigen „ExpertInnen“ für sich selbst angesehen. Das war schon in der Programmgestaltung der Studienreise sichtbar. Erst durch mein Eintreten und das Anderer seitens der Grazer Delegation wurde ein Treffen mit NutzervertreterInnen in den Programmablauf überhaupt aufgenommen. Ich war als Rollstuhlfahrer mit hoher Querschnittlähmung der einzige Selbstvertreter unter 20 TeilnehmerInnen während der eineinhalbtägigen Studien-Tagung. Menschen mit Behinderungen sollten meiner Ansicht nach auf allen Ebenen der Projekt(weiter)entwicklung aktiv einbezogen und dafür auch entlohnt werden. Es geht hier schließlich um die Lebensgestaltung und die Lebensräume, auch um die Lebensperspektiven von MmB. Es ist auch in Nordfriesland unhinterfragt „normal“, dass „Fachleute“ (ohne Behinderungen) Konzepte und Betreuungsideen für Menschen mit Behinderungen entwickeln, ohne dass Menschen mit Behinderungen aktiv, gleichberechtigt, auf Augenhöhe mitentscheiden können. Es herrscht noch immer der Fürsorgegedanke vor, auch wenn diese „Fürsorge“ professioneller aufgesetzt wird als früher – das ist übrigens auch die Meinung vom Zentrum für Selbstbestimmtes Leben in Kiel (ZSL-Nord), der bisher einzigen Selbstbestimmtes Leben Organisation in Schleswig Holstein, deren Leiterin, Janine Kolbig, ich zu dem Modellprojekt befragt habe.

Interessant wäre meiner Meinung nach einmal ein Projekt, dass es sich zum ehrlichen und professionell aufgesetzten Anliegen macht, den Willen von auch schwer mehrfach behinderten Menschen zu erkunden. Das fehlt nach wie vor, und so werden Werkstätten mit 600 behinderten Menschen in Beschäftigung von allen nicht-behinderten Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung stillschweigend als normal wahrgenommen. Aus Selbstbestimmtes Leben-Perspektive ist das Exklusion!

Menschen mit Behinderungen sind in Werkstätten in Deutschland zwar besser sozialversicherungsrechtlich abgesichert als in Österreich und erwerben nach 20 Jahren einen Pensionsanspruch, trotzdem sind solche unnatürlichen Konzentrationen von MmB ein Zustand, auf dem man sich nicht ausruhen darf, weil er klar im Widerspruch zur UN-BRK steht und die Perspektiven der Menschen mit Behinderung einengt und nicht erweitert. Der erste und zweite Arbeitsmarkt und wohnortnahe Unterstützungsstrukturen sind anzustreben sowie Arbeit, von der man in Würde leben kann.

Freilich stehen dem Modellprojekt auch andere Widrigkeiten im Weg, wie das Fehlen von sozialem Wohnbau, der von der Politik in Nordfriesland (und in der gesamten Bundesrepublik, wenn ich es richtig verstanden habe) nicht ausreichend forciert wird. Die Projektverantwortlichen beklagen einheitlich das Fehlen geeigneter gemeinnütziger Wohnbauprojekte, die für die „Ambulantisierung“ essentiell wären. Gemeinsam haben sie deswegen auch die trägerübergreifende Initiative „Eckpfeiler“ gegründet, die durch findige und unkonventionelle Vernetzung versucht, dem Mangel an leistbarem, zugänglichen Wohnraum entgegenzutreten. Das wird erschwert durch den Umstand, dass Nordfriesland wegen der Nord-Ostseelage eine beliebte Urlaubsregion ist und viel Wohnraum nur im Sommer genützt wird und über den Winter leer steht, und auch die Immobilien-/Grundstückspreise sind hoch.

Hier hilft nur politisches Gegensteuern.

Auch die Barrierefreiheit ist meiner Beobachtung nach in Schleswig Holstein wenig entwickelt und offensichtlich genauso wenig offensiv normiert wie in der Steiermark und in Österreich, leider.

All dies sind Schwierigkeiten, die allein aus dem Projekt der Sozialraumorientierung heraus nicht auflösbar sind. Es zeigt wie wichtig die Umwelten und die umgebenden politischen und gesetzlichen Systeme sind, um einem Projekt wie der Sozialraumorientierung zu ernsthaftem, nachhaltigen Erfolg zu verhelfen.

Kurz gesagt: es nützt nix an einer Stelle herumzudoktern, wenn das Gesamtsystem krank ist.

### **Persönliches Budget (PB), Persönliche Assistenz (PA), Selbstbestimmtes Leben (SL)**

Diese drei Bereiche sind deutlich unterrepräsentiert. Nur 40 MmB leben im Kreis Nordfriesland mit PB, das sind 2 % der LeistungsempfängerInnen. LeistungsempfängerInnen der Eingliederungshilfe gibt es in Nordfriesland ähnlich viele prozentuell wie in der Steiermark, nämlich 1% der Gesamtbevölkerung. Es muss also zuerst auch einmal die Frage beantwortet werden: wie sind die restlichen 9% der MmB versorgt, die es laut EU-Schnitt auch in Nordfriesland geben muss? 10% der EU-Bevölkerung haben eine Behinderung, weltweit rechnet die WHO sogar mit 15%.

Ich fragte die Projektverantwortlichen z.B. konkret nach Menschen mit schweren körperlichen aber ohne geistige Einschränkungen (Muskeldystrophie, hohe Querschnittlähmung, Multiple Sklerose), wie die denn lebten in Nordfriesland? Die Frage konnte mir nicht beantwortet werden, man vermutete stationäre Unterbringung, oder familiäre Versorgung, es herrscht also kein Bewusstsein und keine Praxis des selbstbestimmten Lebens mit Persönlicher Assistenz.

D.h. PB und PA sind von den Projektverantwortlichen nach meiner Wahrnehmung leider noch nicht als Schlüsselemente selbstbestimmten Lebens identifiziert. Es fehlt in der nordfriesischen Gesellschaft simpel die Erfahrung damit, eben weil MmB auch nicht als

ExpertInnen in eigener Sache verstanden werden. Ein Henne-Ei-Problem. Umso wichtiger wäre es, dass sich die Projektverantwortlichen Expertise aus der SL-Bewegung holen, um Artikel 19 UN-BRK mit Leben zu erfüllen, das würde aus meiner Sicht auch die aktive Bewerbung und Förderung des Aufbaus von SL-Initiativen bedeuten, wie dies in der Stmk. zum Beispiel im ersten Landesaktionsplan der Fall war. Mit dem Zentrum für Selbstbestimmtes Leben in Kiel (ZSL-Nord) gibt es einen ersten, an die Hamburger Autonom Leben-Bewegung angelehnten Verein in Schleswig-Holstein, auf dem aufzubauen wäre.

### **Übertragbarkeit auf Graz**

Am 28.11. vormittags hörten wir mit Hrn. Daniel Thomsen einen Verantwortlichen aus der Sozialraumorientierung für Jugendliche unter 18 sprechen. Es war eine Freude ihm zuzuhören, da er sehr engagiert und authentisch die Vorteile einer Sozialraumorientierung in diesem Bereich erläutern konnte. Man hat in Nordfriesland schon vor Längerem die Bereiche Behindertenhilfe unter 18 und Kinder-/Jugendhilfe unter 18 zusammengelegt, was zu beeindruckenden Synergien und mehr am Wohle des Kindes/der Jugendlichen orientierter und auch trägerübergreifender und fallunspezifischer, kreativer Arbeit geführt hat. Die „Haltung“, die Hr. Thomsen mehrmals betonte, ist hier wirklich in der Praxis angekommen. Dem Wohl des Kindes – Prinzip: „Singen, Spielen, Tanzen, Lachen“ und der als grundlegend wichtig anerkannten Bindung des Kindes an die Eltern wird hier tatsächlich die gesamte sozialräumliche Arbeit untergeordnet, auch wenn dies unorthodoxes, früher nicht übliches Handeln aller Beteiligten erfordert.

So werden z.B. Assistenz und Pflege in der Schule nicht mehr (per Bescheid) „am Kind festgemacht“, dessen Eltern dafür auch immer mehrere Anträge stellen mussten, sondern die Schulen selbst werden mit entsprechenden Mitteln ausgestattet, die es ihnen ermöglichen den Unterstützungsbedarf und das Personal für die Kinder, egal ob behindert oder nicht-behindert, eigenverantwortlich zu organisieren. Das trägt eindeutig zu gelebter Inklusion bei und wäre bei der derzeitigen Ressortaufteilung in Graz einfach zu kopieren. Man könnte in diesem Bereich, in dem es derzeit viel Zweigleisigkeit gibt, Erfahrung mit der SRO sammeln, bevor man den BHG-Bereich über 18 Jahre angeht.

Im Bereich der Eingliederungshilfe (=Behindertenhilfe) über 18 J. fehlte mir in Husum diese klare, positive am Endnutzer/MmB ausgerichtete Haltung. Ich habe dafür auch eine Erklärung: Im Bereich MmB ist der Nachhall von Jahrhunderten der Fremdbestimmung hier wie dort nach wie vor zu spüren. Schwer liegt in Österreich und Deutschland zudem auch noch der Schatten der nationalsozialistischen Vergangenheit über dem Bereich, in der behinderte Menschen nicht nur ausgesondert, sondern sogar vernichtet wurden, sodass man sich über herrschende Machtverhältnisse und Geisteshaltungen nicht zu wundern braucht. Das Festklammern am Sonderschul-System hier wie dort ist ein Beispiel dafür.

Am ehesten interessant und nachahmenswert erschien mir im Bereich „Behinderte Menschen über 18 Jahre“ das „Hilfepflanverfahren“ und die „kollektive Fachberatung“ zu sein. In diesen Gremien kommt dem letztlichen Endabnehmer des Systems, nämlich den MmB, eindeutig mehr Mitsprache zu als es in der Steiermark derzeit trotz bzw. wegen des IHB-Teams möglich ist. Behinderte Menschen haben in Nordfriesland, was die für sie passende Unterstützungsform betrifft, ein klares Wort mitzureden und auch ein Vetorecht, wenn ihnen etwas nicht passt (mit der Notwendigkeit, dass danach erneut Konsens zw.

MmB, Behörde und Trägerorganisation hergestellt werden muss), dies unterscheidet sich deutlich von der jetzigen Situation in der Steiermark und wäre sicher sinnvoll zu kopieren.

Raten würde ich Graz und der Steiermark eventuelle Schritte in der Sozialraumorientierung (SRO) im Behindertenbereich einerseits von SelbstvertreterInnen/MmB andererseits auch direkt von Prof. Hinte, dem international anerkannten Spezialisten f. SRO, begleiten zu lassen, denn es scheint in der Sozialraumorientierung so zu sein – so zumindest mein bisheriger Erkenntnisstand – dass es ein profund zu Ende gedachtes, ideales Original und schlechte Kopien davon gibt. Vor allem, wenn der Hauptfokus die Kostendeckelung ist und dann, weil nur dieses Motiv im Vordergrund steht, andere Elemente nicht in den Blick rücken oder einfach vergessen werden, die aber die eigentliche Qualität des Konzeptes ausmachen, dann kann man sich das Ganze gleich sparen.

Das haben die deutschen KollegInnen auch klar gemacht. Man gewinnt durch dieses System mehr Kostentransparenz und kann Hilfestrukturen menschlicher, kreativer, freier und ressourcenschonender und stärker ausgerichtet am eigentlichen Willen der EndabnehmerInnen aufsetzen, billiger wird es deswegen vorerst aber einmal nicht.

So wurde z.B. auch die Frage der Grazer Delegation, ob es denn im persönlichen Budget eine vordefinierte Jahresobergrenze gebe, mit erstauntem Kopfschütteln der deutschen Projektverantwortlichen verneint. Man orientiere sich immer am Bedarf der Person, und der müsse ja per se nach oben erst einmal offen sein. Es gebe in der SRO gegenüber früher einzelne Mehrbedarfe, anderes kostet weniger, wichtig ist, dass in Summe um das gleiche Geld wie früher bessere Arbeit näher an den Menschen geleistet werden kann.

Der steirische Weg sollte m.E. sein, die Sozialraumorientierung wirklich ernst zu nehmen, was die Haltung zum Menschen und den gemeinsamen Umgang miteinander betrifft. Wenn SRO, dann professionell und nicht halbherzig. Gleichzeitig das Gute in der Steiermark auch zu sehen und auszubauen, namentlich Rechtsansprüche im BHG, Inklusionsquote, Behindertenanwaltschaft, Selbstbestimmt Leben Steiermark, Referate für barrierefreies Bauen in Stadt, Land und hoffentlich bald auch in den Bezirken, Behindertenbeirat in Graz auf das Land und auf Bezirke ausdehnen, das Stmk. Baugesetz reparieren, Baumeister und ArchitektInnen verpflichtend ausbilden im Bereich Barrierefreiheit, Fördertöpfe für Barrierefreiheit einrichten, Peer Counseling Ausbildung endlich an der FH Joanneum installieren, eine echte De-Institutionalisierungs-Strategie mit Zeit- und Zielvorgaben aufsetzen etc., etc. (kein Anspruch auf Vollständigkeit)

Und wie auch immer in der Steiermark weiter gedacht, projiziert und gehandelt wird, jedenfalls:

**NOTHING ABOUT US WITHOUT US!**

Sebastian Ruppe  
Selbstbestimmt Leben Steiermark  
im Dezember 2017